

Keine Verwahrung, aber lebenslängliche Freiheitsstrafe
im Mordfall Boppelsen SEITE 19Nationalhymne im Grossmünster:
Zürich nimmt Abschied von Köbi Kuhn SEITE 21

Rickli stoppt ausländische Ärzte

Kurswechsel der Gesundheitsdirektion bei der Zulassung von Medizinern

JOHANNA WEDL / ANDRÉ MÜLLER

Ausländische Fachärzte werden es künftig schwerer haben, im Kanton Zürich ausserhalb eines Spitals zu arbeiten. Seit Freitagmorgen gilt ein Zulassungsstopp für sie, sofern sie sich nicht drei Jahre an einem Schweizer Spital aus- oder weitergebildet haben. Das hat die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (svp.) an einer Medienkonferenz bekanntgegeben. Betroffen von der neuen Regelung sind Ärzte fast aller Spezialisierungen, auch Psychiater und Psychotherapeuten. Vor allem bei Letzteren bestehe im Kanton Zürich im Bereich der ambulanten Medizin eine Überversorgung, sagte der Kantonsarzt Brian Martin.

Hausärzte bleiben gefragt

Vom Zulassungsstopp ausgenommen sind dagegen Kinder- und Jugendpsychiater sowie Psychiater, die in einer Poliklinik (Tagesambulatorium) arbeiten. Die Gesundheitsdirektion vermutet, dass sich Psychiater in eigenen Praxen lieber den «leichten Fällen» widmeten und dort auch mehr verdienen, als sich mit schweren seelischen Erkrankungen ausein-

Ein nötiger Griff zum Holzhammer

Kommentar auf Seite 11

anderzusetzen. In den Polikliniken gebe es jedenfalls zu wenig Personal, ergänzte der Kantonsarzt.

Keine Beschränkung gibt es auch für Hausärzte, der Versorgungsmangel bestehe dort nach wie vor. Ausgenommen von der Regelung sind auch Ärzte, die in einem Spital arbeiten oder zum Beispiel am Tropeninstitut tätig sind.

Die Bedingung, dass eine Ärztin mindestens drei Jahre in der Schweiz an einer Weiterbildungsstätte tätig gewesen sein muss, um vom Zulassungsstopp ausgenommen zu werden, trifft auch Schweizerinnen und Schweizer. Doch erfüllen sie die Anforderung automatisch, wenn sie ihre Assistenzzeit mehrheitlich im Inland verbracht



Weniger Ärzte, aber Versorgungssicherheit gewährleistet: Der Kanton Zürich führt Zulassungsbeschränkungen ein. KARIN HOFER / NZZ

haben. Faktisch sind fast nur Ausländer vom Zulassungsstopp betroffen.

Kanton: «Ansturm verhindern»

Regierungsrätin Rickli erinnerte daran, dass in 22 von 26 Kantonen bereits ein Zulassungsstopp gelte. Der Bund wolle spätestens im Sommer 2021 wieder eine nationale Regelung einführen. Derzeit befindet sich das Vorhaben in der Differenzbereinigung zwischen den beiden Räten. Laut Walter Dietrich, Generalsekretär der Gesundheitsdirektion, hatte auch Zürich zwischen 2002 und 2011 bereits einen Stopp verfügt.

«Jedes Mal, wenn so etwas diskutiert wird, bricht in der Ärzteschaft Hektik aus», so begründete Dietrich das sofortige Inkrafttreten des Stopps. Meist folge solchen Ankündigungen sonst ein Anstieg an Gesuchen für neue Praxen – auch im Kanton Zürich war das schon mehrfach der Fall. Die Neueröffnung einer Arztpraxis koste den Kanton durchschnittlich eine halbe Million Franken. Auch aus Kostengründen sei es daher sinnvoll gewesen, zwischen der Ankündigung und dem defi-

nitiven Entscheid so wenig Zeit wie möglich verstreichen zu lassen, sagte Dietrich.

Der Regierungsrat vollzieht, unter Leitung der seit diesem Frühling amtierenden SVP-Gesundheitsdirektorin, damit eine Kehrtwende. Ihr Vorgänger, der Freisinnige Thomas Heiniger, hatte sich noch gegen eine Beschränkung entschieden. Heiniger äusserte damals unter anderem Bedenken, der Passus verstosse gegen das Freizügigkeitsabkommen. Rickli ist dezidiert anderer Meinung. Sie verwies auf das Bundesrecht sowie darauf, dass 22 andere Kantone die Zulassungsbeschränkung bereits anwendeten. Im Übrigen solle die Neuregelung dazu dienen, Kosten im Gesundheitswesen zu senken und «ambulant vor stationär» zu stärken.

Rickli selbst äusserte indes die Befürchtung, dass ausländische Ärzte, die keine Praxis eröffnen dürfen, nun in den spitalambulatorischen Bereich ausweichen, wo der Zulassungsstopp vorerst nicht gilt. Die Gesundheitsdirektorin will beobachten, ob es hier zu einer unerwünschten Verlagerung kommt, und die Beschränkung notfalls auf die Spitalambulatorien ausweiten.

Noch im Sommer stellte sich der Regierungsrat auf den Standpunkt, dass er im ambulanten Bereich nicht über genügend Daten verfüge, um festzustellen, wo es eine Über- oder Unterversorgung gibt. Die Zunahme an ausländischen Ärzten allein lasse keine Rückschlüsse auf die Versorgungslage an sich zu. Diese Daten hat der Kanton noch immer nicht, auch wenn er angefangen hat, sie zu sammeln. Rickli argumentierte jedoch, dass ein Zuwarten eben zum befürchteten Anstieg der Gesuche in letzter Minute führen würde, da die Bundesregelung vor der Tür stehe.

Die im Sommer von der Regierung präsentierten Daten legen einen gewissen Handlungsbedarf nahe: Im Kanton Zürich wurden 2018 insgesamt 6207 Arztbewilligungen ausgestellt, 2010 waren es noch 4305. Die Zahl der Hausärzte nahm zwar um 650 auf 2550 zu, was willkommen ist – insbesondere, wenn man bedenkt, dass heute mehr Frauen im Beruf tätig sind, die deutlich öfter Teilzeit arbeiten. Doch auch die Zahl der Dermatologen, Orthopäden oder Neurologinnen nahm stark zu – vor allem derjenigen aus dem Ausland.

Ärzttestopp findet Anklang, aber löst vereinzelt auch Kritik aus

Die Reaktionen zum Zulassungsstopp fallen mehrheitlich positiv aus. Josef Widler, der Präsident der Ärztesellschaft des Kantons Zürich und CVP-Kantonsrat, begrüsst die Massnahme. «Sie entspricht im grossen Ganzen unseren Vorstellungen.» Eine Gefahr sei, dass die Regierung die Spitalambulatorien vorerst vom Zulassungsstopp ausgenommen habe. «Wir müssen aufpassen, dass keine Konkurrenzierung der Praxen stattfindet. In St. Gallen sah man, dass die Spitäler in derselben Situation zünftig Ärzte anstellten.» Die Ausnahmen seien sinnvoll gewählt, und aus den Fachgesellschaften sei kaum Widerstand zu erwarten. Es sei bekannt, dass arrivierte ausländische Spezialärzte für die letzten 5 bis 10 Jahre ihrer Laufbahn aus finanziellen Gründen hierherkämen, oft ohne Kenntnis des Schweizer Systems.

Die SVP begrüsst den Entscheid ihrer Regierungsrätin. Die Zuwanderung ausländischer Ärzte treibe die Gesundheitskosten in die Höhe. Es bestehe eine «ungesunde Überversorgung», schrieb die

Partei in einem Communiqué. Die Zuwanderung solle sich am tatsächlichen Bedarf orientieren, was heute nicht der Fall sei. Auch die GLP begrüsst, dass Rickli die Kosten im Gesundheitswesen stärker im Auge behalte. Es müsse aber zuerst ein detailliert analysiert werden, in welchem Bereich eine Über- oder Unterversorgung bestehe. Sonst sei möglicherweise die Versorgungssicherheit gefährdet.

Ricklis Schritt findet auch bei der Linken und in der Mitte Befürworter. «Bei Spezialärzten gab es einen ziemlichen Zuwachs in den letzten Jahren, vor allem aus dem nahen Ausland», sagt der SP-Co-Präsident und Gesundheitspolitiker Andreas Daurü. «Es gibt eine Tendenz zur Überversorgung.» Als erster Schritt sei der Stopp sinnvoll, auch wenn es nun weitere Daten brauche. «Sollte man dann zu einem anderen Schluss kommen, lässt sich die Massnahme auch wieder aufheben.»

«In den letzten 10 Jahren ist in gewissen Fachrichtungen eine Unmenge an Ärzten nach Zürich gezogen», sagt der CVP-Gesundheitspolitiker Lorenz Schmid.

«Sie haben ein Überangebot mit entsprechender Mengenausweitung verursacht.»

Kritisch sieht Schmid auch, dass der spitalambulatorische Bereich ausgenommen wird. Weil die Kosten hier stark zunehmen, und zwar nicht nur wegen der gewünschten Verlagerung aus dem stationären Bereich, solle man den Stopp auch auf die Spitalambulatorien ausweiten. «Sonst ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass der Kanton seine eigenen Spitäler vor Massnahmen schützen will.»

«Weil es zu viele Spezialärzte gibt, jagen sie sich gegenseitig die Patienten ab», sagt Astrid Furrer. Die FDP-Kantonsrätin reichte die Anfrage ein, die den starken Anstieg an Spezialärzten im Sommer zutage förderte. «Wenn der erste Arzt zu einer konservativen Behandlung rät, geht manch ein Patient zu einem zweiten Arzt, der ihm zur sofortigen Operation rät. Das System wird ausgenutzt.» Daher sei Ricklis Entscheid richtig. Wünschenswert sei aber, sagt Furrer, dass man künftig auch auf die Qualität achte und bei der Zulassung entsprechende Kriterien aufstelle.

Frühere Stadträte weibeln für Strassentunnel

Rosengarten-Projekt einziger Weg gegen «unhaltbare Zustände»

STEFAN HOTZ

Es gehört zu den helvetischen Tugenden, dass frühere Mitglieder einer Exekutive sich nicht in Geschäfte ihrer Nachfolger einmischen. Doch es gibt Ausnahmen: In einer Pressemitteilung vom Freitag stellen sich neun ehemalige Stadträtinnen und Stadträte von Zürich klar hinter das kombinierte Verkehrsprojekt Rosengarten, über das am 9. Februar abgestimmt wird.

Es umfasst bei Kosten von mehr als einer Milliarde Franken einen Strassentunnel zwischen Milchbuck, Bucheggplatz und Wipkingen. Das erlaubt es, die Schneise, die das Wohnquartier seit den frühen siebziger Jahren zerschneidet, zu schliessen und über Rosengartenstrasse und Hardbrücke zwei neue Tramlinien bis zum Albisriederplatz zu führen.

Der amtierende Stadtrat sprach sich Mitte November nur gewunden für das Projekt aus; seine Mitglieder bleiben im Abstimmungskampf abstinenter. Umso deutlicher nehmen nun Ruth Genner (gp.), Monika Weber (ldu.), Kathrin Martelli, Andres Türlér, Martin Vollenwyder und Hans Wehrli (alle fdp.), Elmar Ledergerber, Martin Waser (beide sp.) sowie Gerhard Lauber (cvp.) Stellung.

Das Quartier Wipkingen werde durch den Verkehr getrennt und leide unter Lärm, Gestank sowie Erschütterungen. Dank dem Strassentunnel entstehe neuer Raum für das Stadtleben, schreiben sie. Die zwei neuen Tramverbindungen bedeuteten für den öffentlichen Verkehr einen Quantensprung.

Die heutigen Stadträte bedauerten vor einem Monat, das grösste Investition leiste keinen nennenswerten Beitrag zur Errei-

Projekt Rosengarten

Kantonale Abstimmung
vom 9. Februar 2020

chung der Klimaziele. Ihre Vorgänger sehen das anders. Mit den neuen Tramlinien würden die Wachstumsgebiete im Norden und Westen der Stadt effizient mit dem öV verbunden. Nur so lasse sich das zunehmende Verkehrsaufkommen klimaneutral abwickeln, stellen sie fest und betonen: «Es gibt keine bessere Alternative.»

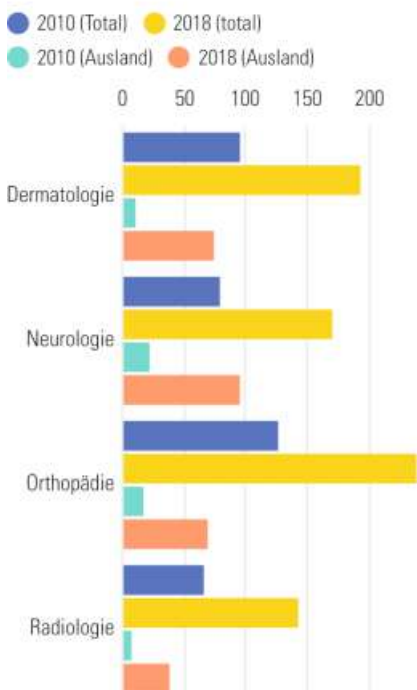
Am Freitag hat der Regierungsrat die Abstimmungszeitung veröffentlicht. Diese ist für die Vorlage, die formal aus einem Gesetz und einem Kreditbeschluss besteht, mehr als nur eine Erläuterung zum Projekt. Ein Punkt ist rechtlich verbindlich: das Versprechen, dass das Verkehrsaufkommen durch Wipkingen später nicht höher sein soll als der heutige Maximalwert von 56 000 Fahrzeugen im Tag.

Aus gesetzgeberischen Gründen lehnen es Regierung und Kantonsrat ab, diese Zahl in das Gesetz aufzunehmen. Festgeschrieben ist dort aber ein gemeinsames Monitoring von Stadt und Kanton. Die ablehnende Minderheit des Kantonsrats bezweifelt, dass eine blosser Überwachung reicht. In der Abstimmungszeitung heisst es aber: Wird die Zahl von 53 000 Fahrzeugen im Tunnel und/oder 3000 Fahrzeugen auf der Rosengartenstrasse überschritten, arbeiten Stadt und Kanton Massnahmen aus und setzen diese um. Darauf kann man den Regierungsrat behaften.

In ihrer Stellungnahme in der Zeitung vermisst die Minderheit zudem eine Garantie, dass der vom Kantonsrat in das Projekt eingefügte mittlere Sicherheitsstreifen im zweiseitigen Tunnelabschnitt zwischen Milchbuck und Bucheggplatz nicht für den Autoverkehr freigegeben wird. Laut Auskunft der federführenden Volkswirtschaftsdirektion ist das gar nicht möglich. Der Tunnel sei betrieblich, sicherheitstechnisch und an seinen beiden Portalen nur auf zwei Fahrspuren ausgelegt.

Mehr Fachärzte, vor allem aus dem Ausland

Anzahl Arztbewilligungen im Kanton nach Fachrichtung



Fachärzte aus dem Ausland: Die Zahl bezieht sich auf die von der Medizinärztekommmission anerkannten Facharzttitel aus dem Ausland.

QUELLE: REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH NZZ / cah